

Was passiert bei Havarie?

VORHABEN Bevor entschieden wird, ob eine Klärschlammverbrennungsanlage gebaut wird, dürfen die Firma Wiese und die Gegner der Pläne ihre Argumente vortragen.

VON UNDINE FREYBERG

BRAUNSBEDRA/MZ - Johanna Zippel ist gut vorbereitet. Mehrere A4-Seiten, eng mit Schreibmaschine beschrieben, liegen vor ihr. Die 84-Jährige aus Frankleben hat einiges dazu zu sagen, warum die in Beuna und Frankleben geplante Klärschlamm-trocknungs- und -verbrennungsanlage mit Phosphatrückgewinnung nicht gebaut werden sollte. Johanna Zippel, ist eine von mehreren Anwohnern, die gegenüber dem Landesverwaltungsamt schriftlich ihre Bedenken gegen das Vorhaben geäußert hatten. Beim Erörterungstermin am Donnerstag in der Pfännerhall Braunsbedra hatten alle nochmal die Möglichkeit, ihre Argumente vorzutragen.

Aber auch die Antragstellerin, die Wiese Umwelt Service GmbH, hatte die Möglichkeit, ihr Projekt kurz vorzustellen, auf Einwendungen zu reagieren und Fragen zu beantworten. „Wir hören uns alle Argumente an, die unsere Entscheidung unterstützen sollen“, sagte Raymont Heinz vom Sachgebiet Immissionsschutz beim Landesverwaltungsamt. Die Behörde führt das Verfahren und wird nach Prüfung aller Fakten

dem Bau der Anlage zustimmen, bedingt zustimmen oder sie ablehnen,

Johanna Zippel kritisierte unter anderem, dass nach ihrer Information ein Großteil des zu verarbeitenden Klärschlamm aus Bayern kommen solle und wies auf die Belastung der Umwelt aufgrund des Lkw-Verkehrs hin. „Wir sind am dichtesten dran an der künftigen Anlage“, erzählt Regina Ebert-Heilmann. Dabei hätten sie bewusst in Großkayna gebaut. „Weil wir Erholung wollten.“ 2013 hätten sie und ihr Mann noch ein Ferienhaus er-

richtet. „Und dann werden unsere Gäste von einer Industrieanlage begrüßt? Das kann doch nicht sein.“

Denn was viele befürchten sind Gestank, Belastungen durch das, was durch die Schornsteine nach draußen geblasen wird und eine zusätzliche Lärmbelästigung. Er habe allerdings nicht prüfen können, wie hoch diese tatsächlich sein würde, sagte der Anwalt der Bürgerinitiative Beuna, George-Alexander Koukakis, da sich das im Antrag enthaltene Material auf eine Referenzanlage in Bayern beziehe und man gar nicht wisse, ob beide tatsächlich vergleichbar sind.

Aufgrund der verbesserten Technik würden von der neuen Anlage kaum Belastungen ausgehen. Die Lärmbelästigungen lägen sogar unterhalb des zulässigen Grenzwertes, sagte Hartmut Gassner, der Berliner Rechtsanwalt, den die Wiese Umwelt Service GmbH hinzugezogen hatte, was durch Äußerungen von Schallgutachter Matthias Harnisch untermauert werden sollte.

Ein Problem, das am Donnerstag zur Sprache kam, war die Gefahr von möglichen Havarien. Denn wie aus der Riege der Fachleute der Firma Wiese gesagt

wurde, würde am künftigen Standort der Anlage, die jährlich rund 100 000 Tonnen Klärschlamm verarbeiten und daraus Phosphat gewinnen soll, mit Chemikalien gearbeitet. Dazu würde jeweils auch eine bestimmte Menge von Chemikalien gelagert - zum Beispiel zweimal 30 Kubikmeter Schwefelsäure, 30 Kubikmeter Natronlauge sowie Harnstoff und 50-prozentiges Wasserstoffperoxid. Die Chemikalien würden getrennt gelagert, um eine Vermischung und chemische Reaktionen zu verhindern. Die Ortsbürgermeisterin von Beuna, Alexandra Schöbel (SPD), fragte, ob der Landkreis geprüft habe, ob bei so einem Chemiebetrieb eine Werksfeuerwehr angebracht sei. Antwort des Landkreises: Das Brandschutzkonzept sei geprüft und eine Werksfeuerwehr nicht für nötig befunden worden. „Hier gibt es nur freiwillige Feuerwehren. Die Freiwillige Feuerwehr Beuna ist für eine Havarie in einem Chemiebetrieb nicht ausgebildet. Da könnte nur die Werksfeuerwehr der Infraleuna helfen“, sagte Schöbel ziemlich erobert und fordert den Landkreis auf, diese Sicherheitsfrage nochmals zu prüfen. Das sagte der Landkreis auch zu.

„Wir hören
uns alle
Argumente an.“

Raymont Heinz

Dezernat Immissionsschutz